

FOREIGN
POLICY AND
UNITED
NATIONS
ASSOCIATION
OF AUSTRIA

ASSOCIATION
AUTRICHIENNE
POUR LES
AFFAIRES
ETRANGERES ET
LES NATIONS
UNIES



MITGLIED DER WORLD FEDERATION OF UNITED NATIONS ASSOCIATIONS

ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSSENPOLITIK UND DIE VEREINTEN NATIONEN

**Redetext zum Vortrag
S.E. Jewgeni M. PRIMAKOW
vom 23. März 2011**

(übersetzt aus dem Russischen von Dr. Elisabeth HERESCH)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Thema meiner Ausführungen lautet „Neue Tendenzen in der Entwicklung der internationalen Beziehungen.“ Ich beginne mit der Weltordnung, wie sie sich gegenwärtig darstellt. Diese war in der Zeit des Kalten Krieges nicht schwer zu beschreiben. Ihre wesentliche Charakteristik war durch die Existenz zweier Supermächte gegeben, die einander gegenüberstanden. Die eine - die Sowjetunion - hat aufgehört zu existieren. Die andere - die Vereinigten Staaten - blieb in Form des sowohl in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht als auch in Hinblick auf ihren politischen Einfluß stärksten Landes bestehen. Eine ganze Plejade von Politikern und Politologen war der Ansicht, dass dies eine unipolare Weltordnung nach sich ziehen würde. Erinnern wir uns - auf eine unipolare Weltordnung erhob aus geopolitischen Überlegungen auch Hitlerdeutschland Anspruch, ebenso – ideologisch motiviert - die Sowjetunion in der frühen Phase ihrer Existenz, als man in Moskau auf eine Weltrevolution hoffte. Jedoch ein unipolares Weltordnungskonzept wurde, historisch betrachtet, nie Realität. Auch diesmal nicht, als nach Ende des Kalten Krieges die Vereinigten Staaten Anspruch auf die Schaffung einer solchen Ordnung erhoben.

Diesem Ansinnen stellte sich eine Reihe von Hindernissen in den Weg. Erstens verschwanden mit der Beendigung des Kalten Krieges die Voraussetzungen dafür, daß die qualitative - ich betone, qualitative und nicht quantitative - Charakteristik einer Supermacht erhalten blieb. In der Zeit des Kalten Krieges galten die beiden Supermächte nicht aufgrund ihrer Machtfülle als solche, sondern angesichts der Tatsache, dass sie um sich andere Staaten vereint hatten, für deren Sicherheit sie garantierten und deren Verhaltensweise sie diktierten. Diese Funktion ist mit dem Kalten Krieg verschwunden. In Washington hat man das leider nicht gleich gemerkt. - Zweitens ist das Voranschreiten einer ungleichen Entwicklung verschiedener Länder zu beobachten. Zu einem Phänomen ist China geworden, das bereits jetzt die zweitgrößte Wirtschaftsmacht darstellt. Rasch entwickeln sich Indien, Länder der Europäischen Union und einige in Lateinamerika. Trotz zahlreicher Probleme gehört auch Russland dazu.

Wie sehr sich das Streben nach einer unipolaren Weltordnung als aussichtslos erwies, hat die Politik des amerikanischen Präsidenten Bush junior deutlich vor Augen geführt. Unter seiner Stabsführung wurde die von amerikanischen Neokonservativen entwickelte Doktrin des Unilateralismus festgelegt. Gemäß dieser Doktrin können und sollen die USA selbst bestimmen, welche Staaten eine Bedrohung für die internationale Sicherheit darstellen, und eigenmächtig Gewalt ihnen gegenüber anwenden. Ein Beispiel dafür ist die amerikanische Militäroperation im Irak, die ohne Resolution des UNO-Sicherheitsrats durchgeführt wurde. Heute sind die katastrophalen Folgen dieses Einsatzes weithin bekannt. Wie sich herausgestellt hat, gab es im Irak keine Kernwaffen und es wurden auch keine produziert. Dafür hat die Intervention dem Land ein dauerhaftes Chaos, unzählige Opfer unter der Zivilbevölkerung und einen religiös motivierten Krieg zwischen Sunniten und Shiiten beschert, weiters die Gefahr des Zerfalls des Irak, die Festigung der Positionen der islamistischen Terrororganisation Al Khaida auf seinem Gebiet und schließlich die Tatsache, dass der Iran zu einer regionalen Macht wurde, nachdem das irakische Gegengewicht zerstört worden war.

Ein weiteres Zeichen dafür, dass es keine unipolare Weltordnung geben kann, war die weltweite Wirtschaftskrise. Sie hat nicht nur die Labilität des Finanzsystems, das von einem Zentrum aus gelenkt ist – den Vereinigten Staaten – offengelegt, sondern auch gezeigt, dass dieses in keiner Weise den Anforderungen der gegenwärtigen Weltwirtschaft gerecht wird.

Die Machtübernahme durch Präsident Obama hat die Abkehr von vielen Vorstellungen bedeutet, die seinen Vorgänger Bush jun. beherrscht hatten. Obama befreite sich vom unmittelbaren Einfluss der „Neokons“. Ohne dies explizit zu betonen, wandte er sich von der Doktrin des Unilateralismus ab. Es werden Massnahmen umgesetzt, die Beziehungen mit den in der NATO vereinten Verbündeten zu stärken. Unter Obama zeigt Washington sich auch geneigt, Brücken zu jenen Staaten zu schlagen, von denen in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen viel abhängt. In erster Linie ging es um die amerikanisch-russischen Beziehungen, die, wie es Vizepräsident Biden nannte, eines „Reloading“ bedürften.

Man muß klar sagen, dass der Prozeß der Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden im Kalten Krieg einander feindlich gegenüberstehenden Staaten, den USA und der Russischen Föderation, die zum Nachfolger der Sowjetunion geworden war, zu einem neuen Charakteristikum der gegenwärtigen internationalen Lage geworden ist. Im Westen ist die Vorstellung verbreitet, dass die Verbesserung der russisch-amerikanischen Beziehungen erst unter Präsident Dmitrij Medwedjew möglich geworden sei. Die Anhänger solcher Ansichten versuchen, Medwedjew in Gegensatz zu Putin zu stellen. Gewiss herrschen zwischen den beiden in mancher Hinsicht Unterschiede, das ist klar, aber beide russischen Führer gehen übereinstimmend von der *Notwendigkeit* der Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und den USA aus. Jedoch die *Möglichkeit* selbst dazu wurde erst mit dem Amtsantritt von Präsident Obama im Weissen Haus real.

Es gibt durchaus konkrete Errungenschaften auf diesem Weg. Dazu gehört der Abschluß des Abkommens SNW-3, das die Anzahl der Atomsprenköpfe und Raketräger beider Mächte stark verringerte. Das ist ein ernstzunehmender Erfolg. Doch es bleiben noch Probleme im militärischen Bereich bestehen, die folgeschwer für die russisch-amerikanischen Beziehungen sein können. Das Hauptproblem ist die Absicht einflußreicher Kreise der USA, sich nicht daran hindern zu lassen, ein eigenständiges Raketenabwehrsystem oder MDS zu entwickeln. Moskau sieht in dieser Absicht eine antirussische Haltung. Es fällt schwer, sich dieser Schlussfolgerung nicht anzuschließen, wenn die USA, wie sie sagen, zum Abfangen iranischer Raketen ihr MDS-System in Europa direkt an den russischen Grenzen errichten wollen. Russland hat einen Gegenvorschlag aufgeworfen – nämlich die Schaffung eines gemeinsamen MDS-Raketenschildes mit der NATO, eventuell auf amerikanisch-russischer Grundlage. Es laufen diesbezüglich Verhandlungen, und von ihrem Erfolg hängt sehr viel ab.

Ich möchte, daß Sie sich eine richtige Vorstellung von der russischen Position machen. Die Schaffung eines eigenständigen oder NATO-MDS-Raketenschildes ohne Einbeziehung Russlands würde es nach Ansicht unserer Militärs unmöglich machen, vom Kurs der gegenseitigen Zurückhaltung abzugehen. Gleichzeitig kann sich Russland aber offensichtlich auch nicht dem Wettrüsten von Raketenabwehrsystemen anschließen – dazu fehlen die Mittel und dafür müßte man von der so dringend notwendigen Modernisierung der Wirtschaft abgehen. So bleibt als einziger Ausweg die Verstärkung der strategischen Angriffssysteme, die imstande sind, das auf der gegnerischen Seite entwickelte MDS-Schild zu umgehen. In jedem Fall ist das nicht unsere Wahl. Aber wollen wir hoffen, dass dies nicht nötig sein wird.

Ich will den amerikanischen Präsidenten nicht idealisieren, aber wenn Obama die Wahl für eine zweite Amtsperiode verliert, kann das zu nicht wünschenswerten Folgen für die amerikanisch-russischen Beziehungen führen. So stellt sich noch ein ungewisser Faktor für die Beziehungen zwischen Russland und den USA dar. Aber ich möchte nochmals feststellen, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein positiver Prozess im Gange ist.

Ich habe einen besonderen Akzent auf die russisch-amerikanischen Beziehungen gelegt. Doch das bedeutet nicht, dass der Kurs in Richtung Annäherung mit der Europäischen Union für Russland zweitrangig wäre. In letzter Zeit hat sich diese Annäherung nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch im politischen Bereich vollzogen. Das Bemühen darum ist auf beiden Seiten vorhanden. Das Bedürfnis Russlands nach einer solchen Annäherung hat in erster Linie klar umrissene wirtschaftliche Gründe. In diesem Zusammenhang gehe ich auf den derzeitigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands näher ein.

Die wohl wichtigste Aufgabe für unser Land ist die Überprüfung des Wirtschaftsmodells, das sich bei der Umstellung von einem System verwalteter Planwirtschaft auf marktwirtschaftliche Schienen geformt hat. Vielen wurden anlässlich der Weltwirtschaftskrise 2008 die Augen für dieses Modell geöffnet. Russland, das von dieser Krise mitgerissen wurde, war ein Land, in dem 40 Prozent des BIP auf Rohstoffexport beruhten, während die Firmenverschuldung gegenüber dem Ausland 500 Mrd. US \$ erreichte – das war alles „langfristiges“ Geld, das die Wirtschaft in Form von Krediten erhalten hatte, die wiederum aus dem Ausland kamen. Und es konnte nicht anders sein, zumal das russische Bankensystem völlig unkompetitiv gegenüber jenem im Ausland war, sowohl in Hinblick auf Gewährung langfristiger Kredite als auch bei den Zinssätzen. Der Betrag von 500 Mrd. Dollar entsprach zur damaligen Zeit den Goldreserven unseres Landes.

Zu den negativsten Folgen des Wirtschaftsmodells vor der Krise gehörte der chronische Mangel an Investitionen. Ihr Gesamtanteil am BIP beträgt weniger als 20 Prozent. Bekanntlich ist der Konkurrenzkampf um Investitionen, um Technologie und um Information die Grundlage des wirtschaftlichen Wettbewerbs im 21. Jahrhundert. Und diesen Kampf haben wir verloren – ungeachtet der Tatsache, dass das Gesamtbild des Investitionsklimas in Russland günstig ausfällt. Wir haben eine niedrige Auslandsverschuldung und eine relativ gute Finanzlage. Unsere Gesetzgebung, wie die bürgerliche, entsprechen im Prinzip den modernen internationalen Normen. Unsere Einkommenssteuer, Grundsteuer und Vermögenssteuer sind niedrig; wir haben qualifiziertes und relativ billiges Personal an Ingenieuren und Arbeitskräften; einen Überfluß an natürlichen Ressourcen. Und schliesslich – bei uns ist die Rückführung (Repatriierung) von Kapital und von Gewinn gesetzlich garantiert.

Doch eine Reihe von Problemen mindert den Wert der aufgezählten Vorzüge. Eines von ihnen ist wohl der hohe Grad an Korruption, die im Besonderen in der Begünstigung von Staatsbeamten zum Ausdruck kommt, die jene Firmen „schützen“, die in Konkurrenz zu potentiellen Investoren stehen.

In Russland weiss man heute um die Unzulänglichkeiten der wirtschaftlichen Lage und ist bemüht, die Situation zu verbessern, unter anderem bei Steuerprivilegien vor allem für Investoren, die Kapital in High Tech-Zweige investieren.

Man muß sagen, dass der überwiegende Teil der russischen Ökonomen sagt: Es darf keine Rückkehr zur Politik vor der Krise geben. Das darf auch deshalb nicht sein, weil dieses Modell selbst unter der Voraussetzung hoher Preise der exportierten Rohstoffe zwar zu einem raschen Anstieg des BIP führt und den Lebensstandard der Bevölkerung hebt, aber die Aufgaben der Strukturveränderung, der technologischen Erneuerung der russischen Wirtschaft und ihrer Lenkung Überführung auf innovative Bahnen nicht löst. Und vor genau dieser dringenden Aufgabe stehen wir heute.

Ich will nicht leugnen, dass in der einen oder anderen Form die Frage der Modernisierung der russischen Wirtschaft in unserem Land ständig diskutiert wird. Manche Regierungsbeamte verweisen darauf, dass die Hauptimporteure von Öl allmählich aus der Rezession herauskommen und die Preise für Rohöl sich auf einem ziemlich hohen Niveau halten. Ihrer Meinung nach lässt die Fortsetzung desurses einer bevorzugten Unterstützung der großen Rohstoffunternehmen die günstige Situation vor der Krise wieder aufleben, die ja das Wachstum des BIP und den Wohlstand der Bevölkerung in Russland gefördert hatte.

Wie werden diese Diskussionen ausgehen? Man kann sicher sein, dass die zögernde Haltung derer, die nichts dagegen hätten, wieder zum Vorkrisenmodell der russischen Wirtschaft zurückzukehren, immer kritischer unter die Lupe genommen wird. In der Präsentation der Massnahmen gegen die Krise hat Wladimir Putin erstmals die Notwendigkeit eines neuen Wirtschaftsmodells für Russland ventiliert. Und Dmitrij Medwedjew hat den Begriff der Erneuerung als Motto für die Modernisierung Russlands weiter ausgeführt.

Es ist ganz natürlich, dass in Moskau unter diesen Voraussetzungen der Zusammenarbeit im Aussenhandel eine besondere Bedeutung eingeräumt wird, und nunmehr auch den politischen Beziehungen nicht nur mit einzelnen Ländern der EU, sondern auch mit der EU insgesamt. Den europäischen Ländern kommt eine wahrhaft große Rolle im russischen Warenverkehr zu. Sie haben erheblichen Anteil an den Auslandsinvestitionen in die russische Wirtschaft. Sie sind der Hauptmarkt für das Erdöl und Erdgas, das Russland exportiert. Die Mitgliedsländer der EU haben sich zu einer wesentlichen Quelle der importierten modernen Ausrüstung im Bereich der Hochtechnologie entwickelt. Aber, wie bereits erwähnt, kommt nun zu den bilateralen Beziehungen mit den europäischen Ländern das Streben Russlands nach Erweiterung der Beziehung mit der EU selbst hinzu. Was steht dahinter? Vor allen Dingen die Einsicht, dass die Integration der europäischen Staaten in der Europäischen Union bei allen zutagetretenden Problemen ein irreversibler Prozeß ist. Zugleich ist aber auch etwas anderes klar geworden: angesichts der Irreversibilität dieses Prozesses, angesichts der Tatsache, dass nationale Strukturen deutlich wurden, führte und führt all das nicht zu einem Verlust der Souveränität der Länder der Union. Die UdSSR hat bekanntlich – um es rundheraus zu sagen – eine mißtrauische Haltung gegenüber dem Eintritt westeuropäischer Länder in den Integrationsprozeß der Vereinigung mit der Union eingenommen, in der Meinung, dass diese den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern schaden würde. Jetzt hat sich die Situation grundsätzlich geändert. Besonders anhand des Beispiels unserer Beziehungen mit Finnland und Österreich sind wir zur Überzeugung gelangt, dass der Eintritt der beiden Ländern in die EU der Entwicklung unserer Beziehungen mit ihnen keineswegs hinderlich ist. Eine große Bedeutung hat dabei die beim EU-Russland-Gipfel zustande gekommene Deklaration über Partnerschaft zur Modernisierung der russischen Wirtschaft. Zur Zeit wird die Deklaration auf bilateraler Ebene mit einigen Ländern der EU im Detail ausgearbeitet; die entsprechenden Dokumente sind von Russland bereits unterzeichnet.

Es erhebt sich die hypothetische Frage: Kann denn Russland nicht Mitglied der EU werden? Ich glaube nicht, dass die Antwort auf diese Frage in erster Linie von Russland abhängt. Noch mehr zweifle ich, dass Russland es ablehnen würde, Mitglied der Europäischen Union zu werden, wenn man es fragte. Aber zum heutigen Zeitpunkt ist ein solcher Fall schwer vorstellbar. Bedeutend wahrscheinlicher ist wohl die allmähliche Entwicklung in Richtung Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums Russlands mit der EU. Einen der Schritte, die in diese Richtung gehen, setzen zweifellos die Verhandlungen über einen visafreien Verkehr zwischen Russland und den Ländern, die den Maastricht-Vertrag unterzeichnet haben. Ein weiterer Schritt wird die Erweiterung einer Freihandelszone sein.

Jetzt möchte ich noch auf eine wichtige Entwicklung eingehen, die in allerjüngster Zeit auf internationaler Ebene im Gange ist. Ich spreche von den Ereignissen im Nahen Osten und in Nordafrika. Es begann mit einer Welle von regierungskritischen Demonstrationen in Tunis, setzte sich dann in Ägypten fort und weitete sich in Libyen aus bis hin zum Yemen und nach Bahrain. In Tunis und in Ägypten hat die Welle die herrschenden Regime hinweggeschwemmt, die Präsidenten dieser beiden Ländern sind zurückgetreten. In Libyen mündeten die Zusammenstöße in Bürgerkrieg, in Bahrain in den Kampf zwischen der shiitischen Mehrheit der Bevölkerung und der sunnitischen Führung. Bei allen offensichtlichen Unterschieden zwischen den Ereignissen gibt es zweifellos auch etwas Gemeinsames, das für viele Beobachter überraschend kam. Die meisten Politiker und Politologen waren der Meinung, dass die Revolutionen in der arabischen Welt in der antikolonialen Phase geendet hätten, und dass in der postkolonialen Ära eine Änderung der Kräfte, die an der Macht sind, nur durch einen Putsch an der Spitze zustandekäme. Doch es brach ein revolutionärer

Sturm von breiten Massen der Bevölkerung aus, vor allem der Jugend, und nun nicht mehr gegen Fremdherrscher, sondern gegen die „eigenen“ autoritären korrupten Regime.

Unterschätzt wurde auch der Einfluß der Modernisierung auf die arabischen Länder. Der allererste revolutionäre Ausbruch vollzog sich in den am höchsten entwickelten arabischen Ländern – Tunesien und Ägypten. Die Demonstranten wurden durch Internet und Mobiltelefone zusammengetrommelt. In Ägypten wurde die Jugendorganisation „Bewegung 6. April“ zum Kern einer solchen Versammlung, und 70.000 Menschen dieser Organisation kamen im Namen ihres Klubs, der via Internet entstanden war. Bezeichnend ist auch etwas anderes: Weder in Tunesien noch in Ägypten trugen die Demonstranten islamische Fahnen oder Parolen. In diesen Vorreiter-Ländern der revolutionären Ereignisse in der arabischen Welt spielten und spielen die Islamisten keine eigenständige - geschweige denn eine bestimmende - Rolle in der aufkeimenden revolutionären Bewegung. Das bedeutet freilich nicht, dass man die islamistischen Kräfte überhaupt abschreiben kann, sondern nur, dass die Realität dazu zwingt, an der Richtigkeit der Schlussfolgerung zu zweifeln, wonach jegliches Abweichen von autoritären Regimen in der arabischen Welt den Sieg des islamischen Extremismus bedeutet. Im Übrigen wiederholt – wohl wissend um derartige Annahmen im Westen - Muammar Gaddafi unermüdlich, dass sich in Libyen gegen ihn Leute erheben, die von der „Al Quaida“ organisiert seien. Auch der der Präsident Ägyptens, Mubarak, versuchte vor seinem Sturz die USA und Westeuropa mit der islamischen Bedrohung einzuschüchtern, als er sich um Unterstützung für die Erhaltung seiner Macht bemühte.

Das alles bedeutet bei Weitem nicht, dass die Gefahr verschwunden wäre, die vom islamischen Extremismus ausgeht. Aber all das erfordert gleichzeitig eine differenzierte Haltung gegenüber islamischen Organisationen und gegenüber Ländern, die den Islam predigen. Man muss zwischen extremistischem und gemäßigtem Islam unterscheiden.

Abschließend möchte ich noch ein paar Worte über die russisch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen sagen. Sie entwickeln sich durchaus zufriedenstellend. Gewiß - die Krise hat zu einem Rückgang des Warenverkehrs zwischen den beiden Ländern geführt. Doch die Situation ist bereits wieder in Verbesserung begriffen. Besonders rasch wächst der russische Import aus Österreich – im Jahre 2010 betrug der Zuwachs beinahe 20 %. Unter den Investoren nimmt Österreich in Russland Rang 12 auf der Liste der Investorenländer ein. Auf dem russischen Markt sind mehr als 1200 österreichische Firmen tätig. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass die Österreichische Kontrollbank die Beschränkungen für die Obergrenze des Umfangs der staatlichen Exportversicherung und der Investitionen österreichischer Firmen nach Russland aufgehoben und die Laufzeit der Garantien verlängert hat. Das trägt zweifellos zur Investitionstätigkeit österreichischer Firmen in Richtung Russland bei.

Wenn man noch den stabilen Charakter der politischen Kontakte und Konsultationen zwischen den beiden Ländern auf hoher Ebene hinzufügt und die sich vertiefenden Beziehungen zwischen den Parlamenten, so sieht das Bild noch eindrucksvoller aus.